



Gemeindesaal und Pastorat St. Lorenz-Süd in Lübeck.
Architekten: Glogner & Vermehren in Lübeck.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

55. JAHRGANG. N^o 75. BERLIN, DEN 21. SEPTEMBER 1921.

* * * * HERAUSGEBER: DR.-ING. h. c. ALBERT HOFMANN. * * * *
Alle Rechte vorbehalten. Für nicht verlangte Beiträge keine Gewähr.

Gemeindesaal und Pastorat St. Lorenz-Süd in Lübeck.

Architekten: Glogner & Vermehren in Lübeck. Hierzu die Abbildungen S. 334 und 335.



Lm Jahr 1913 wurde ein engerer Wettbewerb für eine evangelische Kirche mit Gemeindesaal und Pastorat im südlichen Teil der Vorstadt St. Lorenz in Lübeck unter mehreren Hamburger und Lübecker Architekten ausgeschrieben. Architekt Willi Glogner in Firma Glogner & Vermehren in Lübeck erhielt den I. Preis und die Ausführung. Zunächst konnten wegen fehlender Baumittel nur Gemeindesaal und Pastorat gebaut werden. Sie sind in den mitfolgenden Abbildungen dargestellt.

Die Anordnung der gesamten Baugruppe zeigen die Grundrisse auf S. 334. Danach schließt sich der Gemeindesaal an die Nordseite der Kirche an und an ihn

wiederum, nach Osten vorspringend, das Pastorat, das von einem abgeschlossenen Vorgarten umgeben wird und in unmittelbarer Verbindung steht mit den Arkaden wie mit der Vorhalle des Gemeindesaales. Die Räume des eingeschossigen, mit einem Mansarddach gedeckten Pastorates lagern sich um eine stattliche Diele, deren Treppe zum ausgebauten Dachgeschoß führt.

Die Ansichten sind in roten Rathenower Handstrichsteinen mit tiefrotem Pfannendach ausgeführt. Der Arkadengang vor dem Gemeindesaal und die Verbindung vom Gemeindesaal und Pastorat wirken besonders günstig und versprechen später im Zusammenhang mit der Kirche und der Platzanlage die Wirkung eines guten Städtebildes.

Die aufgewendeten Baukosten hielten sich in mäßigen Grenzen; sie betragen für Gemeindesaal mit Pastorat etwa 45 000 M. —

Von der 46. Abgeordneten-Versammlung des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine.“



Am 2. und 3. Sept. 1921 tagte in Heidelberg in der Stadthalle die 46. Abgeordneten-Versammlung des Verbandes, zu der von den 43 Vereinen, die der Verband zurzeit zählt, 30 zusammen 61 Vertreter entsandt hatten. Vom 11gliedrigen Vorstand waren 9 erschienen, sodaß die Versammlung im Ganzen 70 Personen zählte. Dazu kamen dann noch einige Stellvertreter, die zu bestimmten Punkten der Tagesordnung namens ihrer Vereine zu berichten hatten. Die Gesamtstimmenzahl der Verbandsvereine betrug bei einer Mitgliederzahl von rund 8500 am 1. Jan. d. J. 188. Vertreten waren 159 Stimmen, sodaß also 85 % aller Vereinsstimmen bei der Beratung die Entscheidung gaben.

Mit Rücksicht auf die nachfolgende Festversammlung war bei der Abgeordneten-Versammlung von allen besonderen Veranstaltungen abgesehen. Am Vorabend fand wie üblich ein zwangloser Begrüßungsabend statt, zu dem sich die Teilnehmer in dem am Neckar-Ufer auf der Neuenhei-

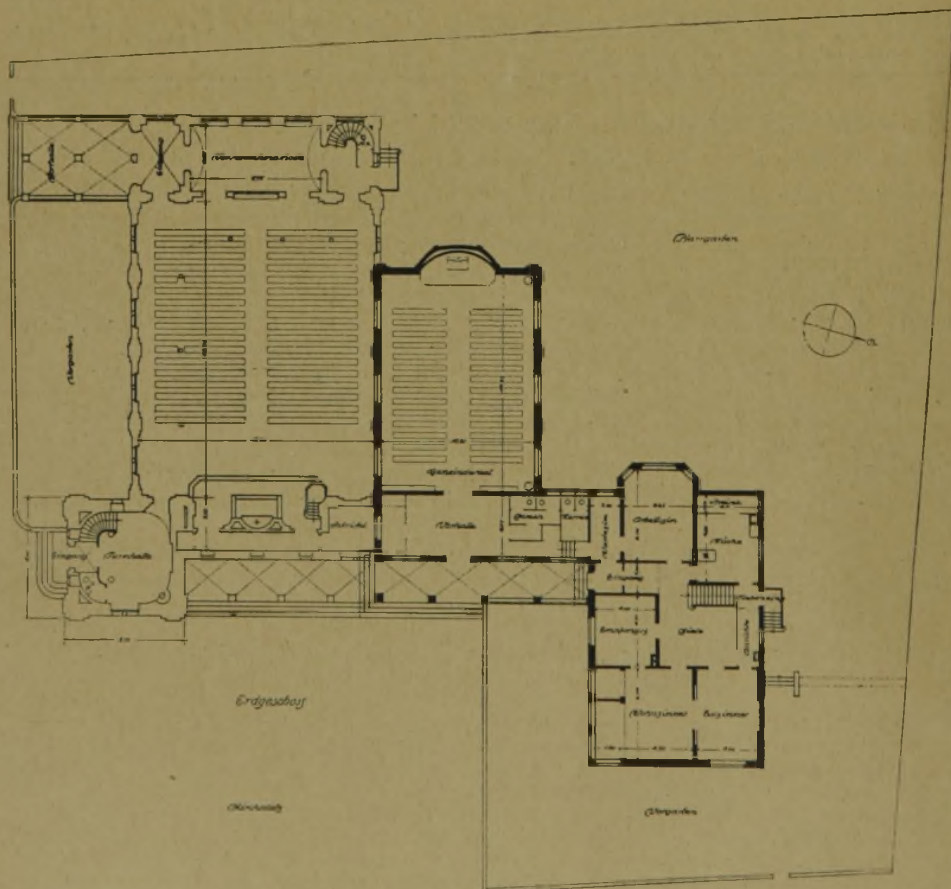
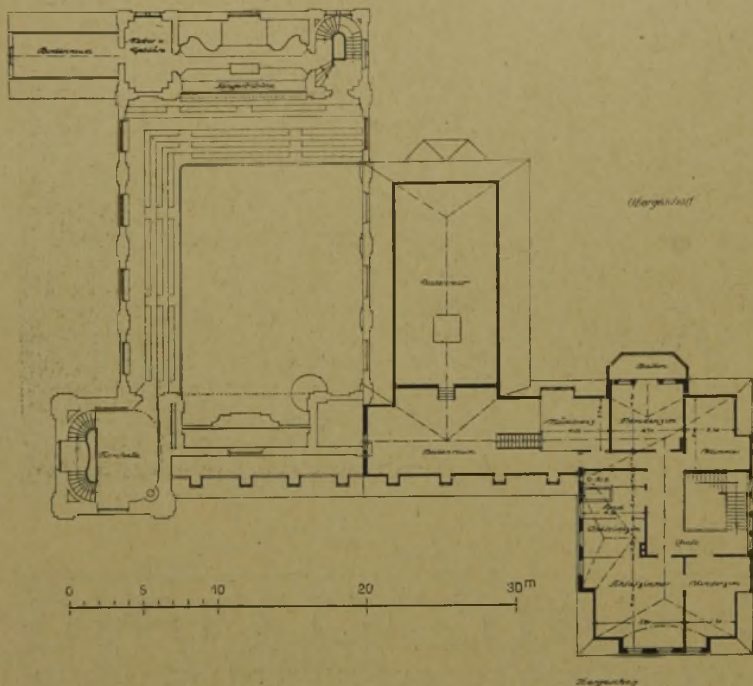
mer Seite schön gelegenen Gasthaus „Zum Schiff“ zusammenfanden. Die kurzen Mahlzeiten an den beiden Sitzungstagen zwischen den Beratungen wurden in dem bekannten Studentenlokal „Zum Perkeo“ eingenommen. Den Abschluß bildete am Abend des 3. Sept. ein Spaziergang zur Neckar aufwärts gelegenen Stiftsmühle, wo gemeinsam das Abendessen eingenommen wurde. Während der Beratungen war für die nicht sehr zahlreichen Damen der Abgeordneten für Führung in Heidelberg und Umgegend in freundlicher Weise gesorgt. Den Abgeordneten stand auch bereits die Ausstellung in der Stadthalle offen, in der der Ausführungs-Entwurf für die Neckar-Kanalisation von Mannheim bis Plochingen, Pläne der Mannheimer Firma Grün & Bilfinger vom Wettbewerb für die Schiffarmachung des Oberrheines, sowie einige moderne Entwürfe Heidelberger Architekten ausgestellt waren.

Die Beratungen wurden durch den Vorsitzenden, Geh. Ob.-Brt. Dr.-Ing. Schmieck, München, ohne alle Förmlichkeiten eröffnet. Nur die lange Liste der dem Verband seit

der letzten Versammlung durch den Tod entrisse-
nen Mitglieder wurde mit einer kurzen Würdigung
der Bedeutung jedes Einzelnen verlesen. Die Feststel-
lung der Anwesenheitsliste ergab die schon er-
wähnten Stimmzahlen. Es fehlten im Wesentlichen nur
kleine Vereine, von einigen waren aber auch die angemel-
deten Abgeordneten nicht erschienen. Den Persönlichkei-

etwas gehoben. Vereine, die während des Krieges ihre
Tätigkeit ganz eingestellt hatten, wie z. B. der Aachener
Verein, haben sich wieder neu gebildet, allerdings stehen
auch einige Vereine noch immer vor der Frage, ob sie noch
weiter lebensfähig sind. Ihrer Verpflichtungen gegenüber
dem Verband ist die Mehrzahl der Vereine gerecht gewor-
den. Seit 1. Jan. 1921 sind die neuen Verbandssatzungen
in Kraft getreten und eine größere Zahl von
Verbandsvereinen haben bereits ihre Vereins-
satzungen in Bezug auf Aufnahmebedingungen
und Ehrenordnung den Verbandssatzungen an-
gepaßt. Der in Braunschweig neu gewählte 11-
gliedrige Vorstand verlor bereits vor seinem
Amtsantritt sein Mitglied Arch. Rambatz in
Hamburg durch den Tod; an dessen Stelle ist
Hr. Arch. Prof. Jäger in München getreten.
Der Vorstand hat in diesem Jahr zweimal,
zuerst Mitte Januar, dann Ende Mai, in Berlin ge-
tagt. Seine Beratungen galten vorwiegend der
Tagesordnung und den Veranstaltungen der Ab-
geordneten- und der Festversammlung. Eine we-
sentliche Aufgabe des Vorstandes war die Ver-
breitung der in Braunschweig gefaßten Ent-
schließungen hinsichtlich der Stellung der Tech-
niker in der Verwaltung, der Arbeiten des Aus-
schusses für Bauordnungen und Wohnungswesen,
der Reichsbedingungen für Vergebung von
Bauarbeiten usw. Die Geschäftsstelle hat sich
um das Zustandekommen eines neuen gemein-
samen Verbands-Verzeichnisses bemüht, die Ar-
beiten für das Heft Schlesien des Bür-
gerhaus-Werkes vollendet, das in der Ver-
sammlung in einigen Exemplaren vorgelegt wer-
den konnte usw.

Von den mit anderen Vereinen ge-
meinschaftlichen Ausschüssen ist
nur zu sagen, daß derjenige für das Normal-
profilbuch für Walzeisen seine Arbei-
ten noch nicht wieder auf-
genommen hat. Daß da-
gegen der Ausschuß für die
Normalbedingungen für
Eisenbauwerke
zunächst eine wenig verän-
derte Neuauflage heraus-
gebracht hat und jetzt an
eine gründliche Umarbei-
tung herantritt. Der Aus-
schuß für die Gebüh-
renordnung, dessen
Geschäfte der Verbands-
direktor führt und der aus
dem Kreis der Ago-Ver-
bände stark durch Einzel-
fragen der Auslegung und
Anwendung der Gebühren-
ordnung in Anspruch ge-
nommen wird, hat auf An-
regung des „B.D.A.“ einige
Abänderungen in der G. O.
für Architekten vorgenom-
men, die auch auf die G. O.
für Ingenieure zurückwir-
ken. Wir haben darüber
schon an anderer Stelle
berichtet. Beide erscheinen
am 1. Okt. d. J. in neuer
Fassung, zum gleichen Ter-
min außerdem eine neue
G. O. für Gartenarchi-
tekten. Der Ausschuß
für das Schiedsge-
richtswesen, dem der
Verband als Mitglied ange-
hört, hat sich nunmehr end-
gültig zusammen gesetzt.
Wie weit seine Schiedsge-
richtsordnung schon in
Baustreitigkeiten benutzt
worden ist, ist nicht be-
kannt. Mit der „Deut-
schen Gesellschaft
für Bauingenieurwesen“ hat der Vorstand die
Bildung eines gemeinsamen Ausschusses für Verei-
heitlichung auf dem Gebiete der Wasser-
wirtschaft und des Wasserwesens eingeleitet,
der sich dem Reichswirtschafts-Minister für diese Fragen,
die augenblicklich auch im Reichswirtschaftsrat behandelt
werden, als Beirat zur Verfügung stellen soll. Es sei hier



Gemeindesaal und Pastorat St. Lorenz-Süd in Lübeck.
Architekten: Glogner & Vermehren in Lübeck.

ten nach zeigte die diesjährige Versammlung ein ziemlich
verändertes Bild gegenüber den letzten Jahren.

Der Verbandsdirektor Eiselen erstattete zunächst
einen kurzen Bericht über das verfllossene Ver-
bandsjahr und die Tätigkeit des Vorstan-
des, der Ausschüsse und der Vereine. Das
Verbandsleben hat sich danach erfreulicherweise wieder

für Bauingenieurwesen“ hat der Vorstand die
Bildung eines gemeinsamen Ausschusses für Verei-
heitlichung auf dem Gebiete der Wasser-
wirtschaft und des Wasserwesens eingeleitet,
der sich dem Reichswirtschafts-Minister für diese Fragen,
die augenblicklich auch im Reichswirtschaftsrat behandelt
werden, als Beirat zur Verfügung stellen soll. Es sei hier

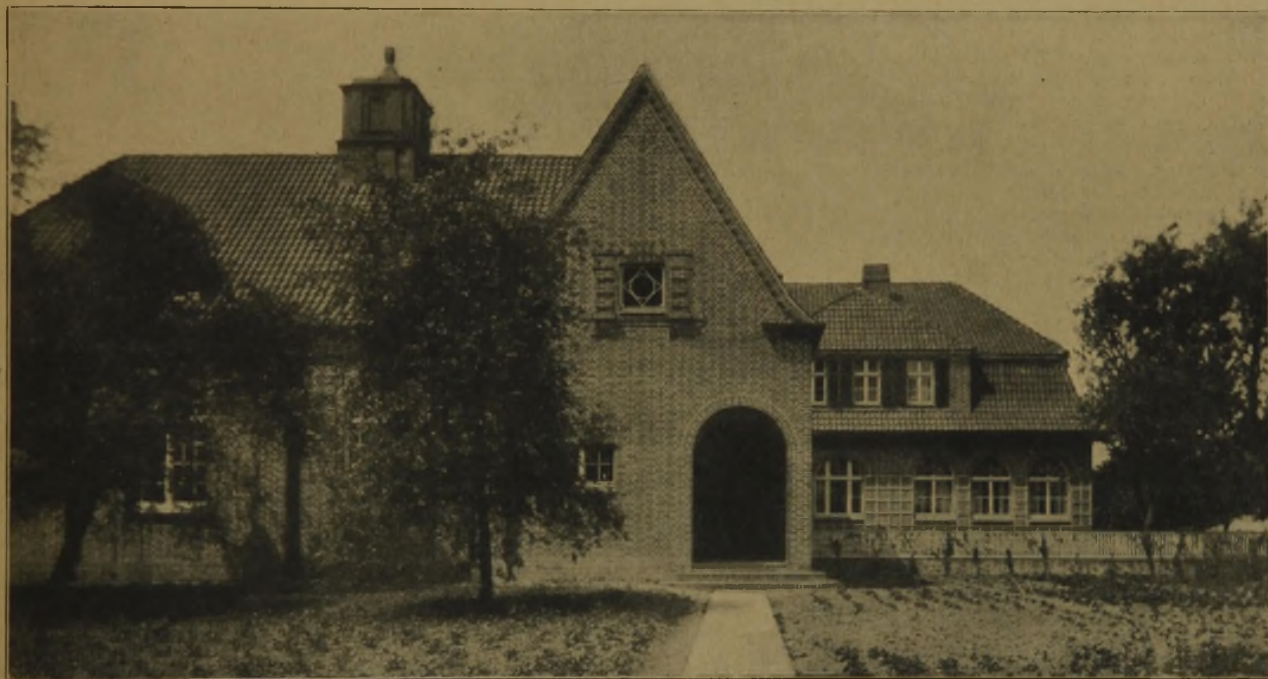
gleich bemerkt, daß die Abgeordneten-Versammlung sich mit dem Vorgehen des Vorstandes einverstanden erklärt hat. Zusammen mit derselben Gesellschaft sind auch mit Vertretern der großen Unternehmer-Verbände des Bauingenieurwesens Verhandlungen geführt worden, um für die Studierenden des Bauingenieurwesens für die Ableistung der in den neuen Prüfungsvorschriften der technischen Hochschulen bereits vorgesehenen oder aufzunehmenden praktischen Arbeitszeit auch die Möglichkeit zu schaffen. Die Verhandlungen haben zu einem günstigen Ergebnis geführt. Der „Deutsche Beton-Verein“, der zuerst die Frage von sich aus aufgegriffen hatte, der „Deutsche Eisenbau-Verband“ und der „Reichsverband für das deutsche Tiefbaugewerbe“ haben bereits entsprechende Einrichtungen geschaffen und wollen die Studierenden bei der Ableistung dieser Arbeitszeit, die eine handwerksmäßige sein soll, bei der sich der Studierende in die Arbeitsordnung einzufügen hat, auch durch geldliche Beihilfen unterstützen.

Aus den geschäftlichen Angelegenheiten, die in der Versammlung erledigt wurden, ist zu erwähnen, daß, um den satzungsgemäßen Wechsel im

übernommen. Soweit nicht aus dem Verkauf des Heftes Schlesien Mittel gewonnen werden, wird der Vorstand ermächtigt, für dieses neue Heft in ähnlicher Weise wie für das Heft Schlesien zu werben.

Auf Einladung des Essener Vereins und des Essener Oberbürgermeisters wird beschlossen, in der zweiten Hälfte des August 1922 eine Wanderversammlung in Essen abzuhalten. Der Einladung des Lübecker Vereins folgend wird dann im Jahr 1923 eine Abgeordneten-Versammlung zu Lübeck stattfinden.

Zum Reichsarbeitsnachweis-Gesetz, das auch die Akademiker umfassen soll, wird nach Bericht von Hrn. Baurat Michaelis, Berlin, grundsätzlich dahin Stellung genommen, daß diese Einbeziehung abzulehnen sei. Da aber wenig Hoffnung vorhanden ist, daß das Gesetz die Akademiker herauslassen wird, so wird dem Vorschlag des Vorstandes, durch Ausbau der bestehenden Stellenvermittlung des Berliner „Architekten-Vereins“ eine solche für den Verband zu schaffen und diese dann einer größeren Organisation (Reichsausschuß akademischer Berufsstände) anzugliedern, um den Ausnahmebestimmungen genannten Gesetzes zu genügen, zugestimmt.



Gemeindesaal und Pastorat St. Lorenz-Süd in Lübeck.
Architekten: Glogner & Vermehren in Lübeck.

Vorstand einzuleiten, 4 der 8 Beisitzer ausgelost, dann aber durch Zuruf auf weitere 2 Jahre bestätigt worden sind, sodaß ihre Amtszeit dann im Ganzen 3, bei den übrigen 4 Jahre dauert. Dem Vorstand wurde ferner Entlastung für das Rechnungsjahr 1920 erteilt und es wurde dem von der Geschäftsstelle vorgeschlagenen vereinfachten Abrechnungsverfahren zugestimmt. Für das laufende Geschäftsjahr wurde einer Erhöhung des Voranschlags auf 75 000 M. zugestimmt, wobei der Fehlbetrag gegenüber den Einnahmen aus vorhandenen Beständen gedeckt werden soll. Die Vereine wurden aber erneut aufgefordert, den Verband durch freiwillige Beiträge ihrer Mitglieder zu unterstützen. Genehmigt wird der auch mit 94 000 M. abschließende Voranschlag für das Jahr 1922. Der Verbandsbeitrag wird zur Deckung dieser Summe durch fast einstimmigen Beschluß von 6 auf 12 M. für den Kopf der Vereinsmitglieder erhöht. Die Aufwands-Entschädigung für Ausschuß- und Vorstandsmitglieder bei Reisen im Interesse des Verbandes wird so geregelt, daß sie sich den jeweiligen Sätzen der Gebührenordnung für Architekten und Ingenieure anzupassen hat. Der Vorstand wird ferner ermächtigt, mit dem Druck des neuen Verbands-Verzeichnisses schon vor der völligen Deckung der Unkosten durch Inserate zu beginnen, da das Verzeichnis allseitig als ein Bedürfnis anerkannt wird. Es soll möglichst zu Beginn des neuen Jahres erscheinen. Bezüglich des Bürgerhauswerkes wird beschlossen, baldmöglichst ein weiteres Heft heraus zu geben. Voraussichtlich wird das nächste Heft ein solches über den Elsaß, vielleicht in Verbindung mit Baden sein. Die Bearbeitung dafür hat Hr. Prof. Staatsmann, früher in Straßburg, jetzt in Karlsruhe,

An den Bericht des Ausschusses für die Reichsbedingungen für Bauarbeiten, die in ganz Deutschland für Behörden und Private gelten sollen, knüpft sich eine lebhaftere Aussprache. Die Bedingungen werden von Hrn. Stadtbaurat Schumann, Frankfurt a. M., als einerseits zu unternehmerfreundlich, andererseits als zu sehr abweichend von der Form aller bisherigen Bedingungen bezeichnet. Es ist daher mit einem Widerspruch der Stadtgemeinden gegen diese Bedingungen, die in ihrem fertigen allgemeinen Teil an alle in Betracht kommenden staatlichen und kommunalen Stellen geschickt worden sind, zu rechnen. Außerdem sollen unter Führung des Reichsschatzamtes in gleicher Sache Beratungen stattfinden, zu denen, abgesehen von Vertretern der Reichsbehörden, nur Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbände zugezogen werden sollen. Das Verlangen des Vorstandes, daß der Verband bei diesen Beratungen von vornherein vertreten sein solle, ist zunächst abgeschlagen worden. Der Vorstand wird beauftragt, dieses Verlangen erneut zu stellen und 4 Vertreter, 2 Architekten und 2 Ingenieure, damit den Bedingungen gleich eine solche Gestalt gegeben wird, daß sie auch für Ingenieure Geltung haben können, für den Verband zu fordern. Als solche sollen bezeichnet werden: Stadtbaurat Winterstein, Charlottenburg, Vorsitzender des betreffenden Verbandsausschusses; Stadtbaurat Schumann, Frankfurt a. M., als Architekten, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr.-Ing. Brix, Charlottenburg, Baudirektor Leo, Hamburg, als Ingenieure. Diesen Vertretern wird der Auftrag mitgegeben, die Interessen der Bauherren — Behörden wie Privaten — bei den Beratungen weitestgehend zu wahren zu suchen. —

(Schluß folgt.)

Vermischtes.

Trübe Aussichten. Zu den Ausschüßberatungen des deutschen Reichstages über Wohnungsnot-Bekämpfung wird soeben berichtet, daß sie „leidenschaftslos“ verlaufen seien. Das scheint aber leider das einzige tatsächliche Ergebnis zu sein. Daneben hat man sich anscheinend mit der Fortdauer einer Zwangs- und Zuschußwirtschaft beschieden, welche dem Vermieter keineswegs gemäß Ministerialerlaß „eine Verzinsung seines Guthabens und einen angemessenen Entgelt für seine Mühewaltung gewährleistet“, sondern ihm entgegen dieser Zusicherung fortlaufend weitere Zubußen auferlegt. Ueber die steuerliche Ueberbürdung des bebauten und unbebauten Grundbesitzes ist anscheinend nicht verhandelt worden, wohl aber hört man von dem Fortspuken sozialistischer Gemeinwirtschaftsideen, von deren Erfolgen zahlenmäßig bisher nichts, jedenfalls nichts Günstiges verlautete. Man versuchte sogar die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe als nicht sonderlich groß darzustellen, weil die Bauarbeiter sich bereits anderen Industrien zugewendet hätten. Es gäbe bei Weitem nicht genug Arbeitskräfte, wenn der Wohnungsbedarf überhaupt erst wieder zur Deckung gelangen könnte. Die Bauzuschüsse sollen nicht mehr durch Anleihen, sondern aus der Wohnungswirtschaft selbst aufgebracht werden.

Während also überlebte Schlagworte im Wohnungswesen fortherrschen und daher keine Mietwohnungen gebaut werden, sind einige Äußerungen aus dem „Tag“ vom 6. September 1920 wohl am Platze: „Es ist unsinnig zu sozialisieren, wenn die ganze Welt diesen Prozeß noch nicht mitmacht. — Die Welt ist zur allgemeinen Sozialisierung noch nicht reif und Experimente dürfen wir uns auf diesem Gebiet nicht erlauben. Privater Unternehmungsgeist darf nicht unterbunden werden. — Privatbetrieb weit besser als Staatsbetrieb. — Ausschaltung der Privatinitiative wäre der Tod des Wirtschaftslebens.“ Also sprachen die Herren August Müller und Haenisch, und nicht etwa ein „Spekulant“.

Die steuerlichen Erleichterungen für Anlagekapital und Dauerlasten als Anreiz zum Bauen hatte ich schon vor 2½ Jahren gefordert und überall Ablehnung erfahren. Jetzt entstehen endlich daraufhin die ersten Mietwohnungen, welche die Freistellung von Mietbeschränkungen und Zwangseinquartierungen nicht zu erzeugen vermochte. Mit verschärfter Zwangseinquartierung und Dachausbauten können nur ganz kümmerliche Ergebnisse erzielt werden, wie mit allen den anderen Mittelchen, als deren neuestes Frachtminderungen für Baustoffe verlangt werden.

Hilfe kann nur von ganzen Maßnahmen erwartet werden, unter Aufrollung lückenloser Finanzierungsprogramme und der Wirtschaftlichkeits-Nachweise für die fertigen Neubauten. Ich habe deshalb im Frühjahr im „Architekten-Verein“ zu Berlin eine winterliche Vortragsreihe angeregt, in welcher nur erfahrene Praktiker zu Worte kommen sollen, die ihre Vorschläge zahlenmäßig belegen können. Die deutsche Technikerschaft wird hoffentlich bald den Mut finden, von jeder politischen Tendenz im Wohnungswesen öffentlich und geschlossen abzurücken und so lange rein wirtschaftliche Richtlinien zu verlangen, als irgendwelche Utopien nicht den einwandfreien Nachweis ihrer praktischen Durchführbarkeit und Lebensfähigkeit erbracht haben. Gelingt Letzteres wider Erwarten, so bin ich bereit, mich ehrlich als geschlagen zu bekennen.

Die Zwangs-Goldhypothek auf die vermeintlichen Goldwerte des Grundbesitzes scheint man fallen lassen zu wollen, nicht etwa aus Schonung der Vermieter, sondern aus politischer Angst vor der Mieterschaft. Die Milliarden-Entwertung des städtischen Grundbesitzes durch Verwahrlosung des Altbaues schreitet indessen fort, und die jährlich auf hunderte von Millionen zu beziffernden Kosten der Zwangswirtschaft und ihrer verhängnisvollen Begleiterscheinungen können auf viele weitere Jahre als verewigt gelten. Das deutsche Volk wird die Folgen in sozialer und gesundheitlicher Beziehung schwer zu tragen haben. Seine Techniker müssen schleunigst dafür sorgen, daß sie sich von der Verantwortung dafür freistellen.

Dr.-Ing. B. Wehl in Berlin.

Wettbewerbe.

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Ehrenmal der Gemeinde Westig im Kreis Iserlohn erläßt der Gemeinde-Vorsteher unter den in Rheinland und Westfalen ansässigen Architekten mit Frist zum 15. Nov. 1921. 3 Preise von 800, 500 und 300 M.; Ankäufe für je 150 M. Unterlagen gegen 10 M. durch das Amtsbauamt Hemer. Den sich am Wettbewerb beteiligenden Künstlern

ist völlig freie Hand gelassen. Es ist nicht unbedingt erforderlich, daß gerade ein Denkmal errichtet wird, Bedingung ist nur, daß die Namen der 85 Helden, die aus Westig Opfer des Krieges geworden sind, auf einer oder mehreren Tafeln aus Marmor, Bronze usw. angebracht werden. Als Platz steht der zur Erinnerung an die Befreiungskriege geschaffene, mit einer Linde bepflanzte Jubiläums-Platz zur Verfügung, mit dem die neue Anlage ein einheitliches Ganze bilden soll. Stil und formale Durchbildung eines Denkmals sind frei gestellt; Wasser ist nicht vorhanden, die Bausumme soll erst nach dem Ergebnis des Wettbewerbes festgesetzt werden. Der mit dem I. Preis gekrönte Entwurf soll möglichst zur Ausführung kommen und dem Preisträger die Ausführung übertragen werden. Dem Preisgericht gehören an die Hrn. Prov.-Konservator Landesbaurat Körner in Münster, Arch. Deucker in Iserlohn und Beigeordneter Blume in Hemer. —

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für Grabkreuze und Gedenkzeichen aus Holz erläßt das Landesgewerbeamt in Karlsruhe für badische Bewerber. Die Kreuze und Gedenkzeichen sollen als Grabschmuck Verwendung finden. Unterlagen durch das Landesgewerbeamt in Karlsruhe. —

Zu einem engeren Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für einen neuen Friedhof der israelitischen Gemeinde in Frankfurt a. M., der in der Nähe der Friedberger Warte liegen wird, waren 6 Bewerber aus Frankfurt eingeladen. Das Preisgericht, dem u. a. angehörten die Hrn. Stadtbaudirektor Dr. h. c. Hans Grässel in München, Stadtbaudirektor Albert Pantle in Stuttgart, Prof. Paul Meißner in Darmstadt, sowie Gartendirektor Max Bromme in Frankfurt, verlieh 3 gleiche Preise den Entwürfen des Architekten Franz Roeckle mit Garten-Architekt Knell, P. Paravicini mit Gartenarchitekt Heicke, sowie Max Seckbach mit Gartenarchitekt Stegmüller. Eine lobende Anerkennung fand ein Entwurf des Architekten Fritz Epstein im Verein mit dem Gartenarchitekten W. Hirsch in Wiesbaden. —

Wettbewerb für Einfamilienhäuser der „Baugilde“ in Ueberlingen. Die „Baugilde“ G. m. b. H., Vereinigung Oberbadischer Sägewerks-Besitzer in Ueberlingen, schrieb unter den im Kreis Konstanz ansässigen Architekten des „Bundes Deutscher Architekten“ einen Wettbewerb für Einfamilien-Wohnhäuser von 4-, 5-, 6-Zimmer-Wohnungen aus. Durch Spruch des Preisgerichtes, bestehend u. a. aus den Hrn. Ministerialrat Stürzenacker, Karlsruhe, Stadtbaurat Jordan, Konstanz, Architekt B. D. A. Sauter, Konstanz wurden die Entwürfe der Architekten Lang und Jäger in Ueberlingen, Wehrle in Markdorf, Ganter & Picard in Konstanz, L. Kayser in Konstanz und Albecker in Singen preisgekrönt. —

In einem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für einen Helden-Gedenkstein für den Stadtgarten in Hagen liefen 76 Arbeiten ein. Den I. Preis von 5000 M. erhielt A. Mayer-Gasters in Mörs, dessen Entwurf zur Ausführung empfohlen wurde. Zwei II. Preise von je 2500 M. wurden zuerkannt den Architekten Flerus und Konert in Dortmund, sowie Walter Lehmann in Düsseldorf. —

Chronik.

Die neue Kreissparkasse zu Stolzenau a. d. Weser, nach den Entwürfen und unter der Leitung des Architekten August Pramanu in Braunschweig mit einem Kostenaufwand von 1,5 Mill. M. erbaut, wurde am 9. Juli 1921 ihrer Bestimmung übergeben. Das Gebäude enthält dekorative Malereien von Maler Wilhelm Hartz in Dresden; der plastische Schmuck stammt von den Bildhauern Gottschalk und Haake in Düsseldorf. —

Zerstörung von alten Teilen von Bietigheim. Kürzlich hat ein verheerender Brand wichtige Teile des alten Bietigheim in Württemberg zerstört. Es handelt sich um städtebaulich interessante Teile um die Kirche herum. Es verdient nun bemerkt zu werden, daß ein Vertreter der Industrie 50 000 M. für den Wiederaufbau in der Voraussetzung stiftete, daß die zerstörten Teile der Stadt im alten Charakter wieder aufgebaut werden. —

Eine Erweiterung der Börse in Berlin, des von Hitzig erbauten Monumentalbaues an der Spree bei der Museums-Insel, soll durch Umwandlung des offenen Hofes in einen Oberlichtsaal erfolgen. Es wird dabei auf eine Mitbenutzung des Geländes der benachbarten Handels-Hochschule gerechnet, die gleich der Börse der Berliner Kaufmannschaft gehört. Unter dem neuen Saal soll ein Geschoß angelegt werden, das den Banken zur Verfügung gestellt wird und dem Telephon-Verkehr dienen soll. Die Bausumme ist mit etwa 3 Mill. M. veranschlagt. —

Inhalt: Gemeindegast und Pastorat St. Lorenz-Süd in Lübeck. — Von der 46. Abgeordneten-Versammlung des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Chronik. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.